

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	156
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	200/2023
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.07.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Abteilung "Strategische Sozialplanung", Sozialamt, Jobcen- ter		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	4. Stuttgarter Armutskonferenz 2023 - Inhalte und Er- gebnisse		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 07.07.2023, GRDRs 200/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-
anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht.
Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Diese Niederschrift enthält Anonymisierungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Zu Beginn richtet BMin Dr. Sußmann ein paar einleitende Worte an die Ratsmitglieder. Die Vorsitzende betont die Wichtigkeit der Durchführung der 4. Stuttgarter Armutskonferenz, während der die verschiedenen Akteurinnen und Akteure sowie auch zahlreiche Betroffene miteinander ins Gespräch kommen und Ansätze und Lösungen entwickeln konnten, um dem Problem der Armut in unserer Stadt zu begegnen. Die Vorsitzende

bedankt sich bei allen Beteiligten für die Vorbereitung und die Durchführung der diesjährigen Armutskonferenz. In dieser Vorlage habe man die Inhalte und Ergebnisse der Veranstaltung zusammengefasst. Ausgehend von den Ergebnissen der 4. Armutskonferenz hätten die verschiedenen Ämter mit Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen bereits haushaltsrelevante Mitteilungsvorlagen mit Maßnahmenvorschlägen eingebracht bzw. werden dies noch tun.

Anschließend führt die Leiterin der Abteilung "Strategische Sozialplanung" (SI-Strat) beim Referat SI die Ratsmitglieder analog der Präsentation in das Thema ein. Auch sie hebt die Wichtigkeit und die Bedeutung der Veranstaltung heraus und berichtet über die weitere geplante Vorgehensweise.

Dem Dank der Vorsitzenden an alle Beteiligten, die bei der Vorbereitung und der Durchführung der 4. Stuttgarter Armutskonferenz beteiligt gewesen sind, schließen sich fraktionsübergreifend auch die Ratsmitglieder an.

In ihrer Wortmeldung erklärt StRin Rühle (90/GRÜNE), dass sich Armut auf sämtliche Bereiche des täglichen Lebens, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit aber auch Mobilität, auswirke, weshalb eine übergreifende Herangehensweise und ein stärkerer Blick für die Situation und die Bedarfe der Betroffenen notwendig seien, um dem Problem zu begegnen. Bei vielen Fragestellungen sei man als Kommune auf eine enge Zusammenarbeit und Beteiligung des Bundes und des Landes angewiesen. In diesem Zusammenhang nennt die Stadträtin die Kindergrundsicherung, die sie als notwendig erachtet, um dem Problem der Kinderarmut zu begegnen.

In den vergangenen Jahren konnten in Stuttgart bereits viele erfolgreiche Maßnahmen im Kampf gegen die Ursachen und Folgen von Armut umgesetzt werden. Trotzdem gebe es in vielen Handlungsfeldern noch Nachholbedarf. So zum Beispiel in der Unterstützung und Versorgung von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen mit Wohnraum. Mit Blick auf die städtische Wohnungsnotfallhilfe erachtet StRin Rühle eine kindgerechte Ausgestaltung der Unterkünfte als wichtig. Sie bedauert in diesem Zusammenhang, dass das Referat WFB und das Liegenschaftsamt bei der diesjährigen Armutskonferenz nicht beteiligt waren und regt es für das nächste Mal an.

Zudem sei es wichtig, die alltägliche Mobilität der Betroffenen zu gewährleisten. Es wäre wünschenswert, so die Stadträtin, wenn neben dem Zugang zum ÖPNV auch Car-sharing-Angebote für diese Menschen umgesetzt werden könnten, da viele von Armut Betroffene zwar einen Führerschein aber kein Auto besitzen würden.

Im Folgenden macht StRin Rühle auf die Problematik aufmerksam, dass viele von Armut betroffene oder bedrohte Menschen ihnen zustehende Leistungen entweder aus Unwissenheit oder aber aus Scham nicht abrufen würden. Sie hoffe, dass der geplante Infopoint Sozialleistungen hier Verbesserungen bewirken werde, dennoch müssten weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Menschen besser zu informieren. So z. B. über das Angebot und die vielfältigen Möglichkeiten der Bonuscard + Kultur, die Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten trotzdem eine Teilhabe in vielen Bereichen des Lebens ermögliche. Gerade im Zusammenhang mit der Wohngeldreform sei die Anzahl der Bonuscard-Berechtigten angestiegen. Im Rahmen der Bewilligung des Wohngeldes sollte aus Sicht der Stadträtin über das Angebot der Bonuscard + Kultur informiert werden. Darüber hinaus müsse grundsätzlich überlegt werden, welche Möglichkeiten es gebe, die Bonuscard noch attraktiver zu gestalten und zu bewerben.

StRin von Stein (FW) bittet in diesem Zusammenhang um eine Aufstellung, bei welchen Angeboten und in welchem Umfang die Bonuscard + Kultur und die FamilienCard genutzt würden. BMin Dr. Sußmann sagt dies zu und erklärt, dass man den Ratsmitgliedern die Systematik der beiden Karten und die geplanten Weiterentwicklungen in einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses ausführlich vorstellen werde.

Auf die Wortmeldung von StRin Rühle eingehend bestätigt eine Mitarbeiterin der Abteilung "Sozialplanung, Sozialberichterstattung" (50-51) beim städtischen Sozialamt, dass auch die Verwaltung an vielen Stellen die Notwendigkeit sehe, die Information über Unterstützungsleistungen zu verbessern und die Systematik und den Zugang insgesamt zu vereinfachen. Nicht nur bei den Betroffenen selbst, sondern auch bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gebe es aufgrund der Vielfältigkeit und Komplexität des Systems mitunter große Wissenslücken. Neben dem geplanten Infopoint Sozialleistungen, wo die Wirksamkeit breiter Information und die Selbstwirksamkeit der Betroffenen erprobt werden könne, werde auch über weitere Maßnahmen und neue Wege (bspw. kurze Videos auf Youtube) nachgedacht, um die Betroffenen künftig besser erreichen und beteiligen zu können.

Im weiteren Verlauf der Aussprache plädiert auch ein Vertreter der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart für eine Verbesserung der Information der Betroffenen über ihnen zustehende Leistungen. Er macht ferner darauf aufmerksam, dass der Zugang zur digitalen Antragsstellung auch für Menschen, die sich keine Hardware leisten könnten oder Hilfe bei der Antragsstellung benötigten, sichergestellt werden müsse.

Nachdem StRin Rühle das Thema "Berufliche Integration" und in diesem Zusammenhang die Arbeitsgelegenheiten (AGH) angesprochen hatte, betont Herr Wacker (Jobcenter) die Bedeutung dieses Instruments, um arbeitslose Menschen zu stabilisieren und wieder an eine regelmäßige Beschäftigung heranzuführen. Grundsätzlich werde soweit möglich versucht, die Teilnehmer*innen der AGH für eine Beschäftigung (ggf. auch in Teilzeit) auf dem ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Das Jobcenter stehe hinsichtlich der Inhalte der AGH in guten Gesprächen mit den Trägern und der Liga der Wohlfahrtspflege. Aktuell werde gemeinsam auch über sog. Kurzzeit-AGH mit weiterführenden Eingliederungs-Instrumenten nachgedacht.

Herr Wacker betont weiter, dass die Teilhabe der Betroffenen an den Dienstleistungen, die durch das Jobcenter und seine Kooperationspartner erbracht werden, als zentral angesehen werde. Man wolle die Betroffenen künftig noch stärker in die Prozesse und die Ausgestaltung der Maßnahmen und Angebote (bspw. der AGH) einbinden.

Anschließend kommt der Amtsleiter auf das Thema Übergang Schule/Beruf sowie die Ausbildungsstellenvermittlung für unter 25-Jährige zu sprechen. In diesem Zusammenhang spricht er sich deutlich gegen die von Bundesseite geplante vollständige Übertragung der Zuständigkeit von den Jobcentern auf die Bundesagentur für Arbeit aus. Man sei der Meinung, dass durch diesen Schritt ohne Notwendigkeit eine gut funktionierende Struktur aufgelöst werde, und erwarte dadurch für die nächsten Jahre spürbare Einbrüche bei der Vermittlung von Ausbildungsstellen an junge Menschen. Herr Wacker appelliert an die Ratsmitglieder, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen die geplante Übertragung der Zuständigkeit einzusetzen.

Gleichlautend äußert sich auch BMin Dr. Sußmann zu diesem Thema. Die Vorsitzende erklärt, dass die Sozialverwaltung gerade ein entsprechendes Schreiben an die Bundestagsabgeordneten aus der Region vorbereite und man diesen Brief auch den Ratsmitgliedern zur Information gerne zur Verfügung stellen werde.

Im Folgenden betont StRin Bulle-Schmid (CDU) in ihrer Wortmeldung, dass die Bekämpfung der Armut notwendig und wichtig sei, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Armut verhindere nicht nur Teilhabe in allen Lebensbereichen, sondern habe auch unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden.

Es müsse genau hingeschaut werden, wer - und aus welchen Gründen - arm sei und wie man dagegen vorgehen könnte. Vor diesem Hintergrund seien die Ergebnisse der diesjährigen 4. Armutskonferenz für den Gemeinderat ein wichtiges Nachschlagewerk mit Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen.

Ganz konkret macht StRin Bulle-Schmid darauf aufmerksam, dass Armut und Bildung unmittelbar zusammenhängen würden und eine schlechtere Bildung die Gefahr von Armut um ein Vielfaches erhöhe. Gleichzeitig gebe es auch beim Thema Kinderbetreuung, und hier vor allem während der Randzeiten, einen großen Nachholbedarf. Eine verlässliche Kinderbetreuung müsse gewährleistet sein, damit Eltern (und besonders Frauen) einer Beschäftigung nachgehen könnten oder eine Ausbildungs- oder berufliche Qualifizierungsmaßnahme antreten könnten. Leider müssten gerade Frauen heute viel zu oft aufgrund der Kindererziehung ihren Beruf aufgeben oder gerieten in die Teilzeitfalle.

Dieselbe Meinung vertritt bei diesem Thema auch StRin Rühle. Sie regt an darüber nachzudenken, ob das Thema Kinderbetreuung evtl. in irgendeiner Form über die Bonuscard aufgegriffen werden könnte. Zudem verweist sie darauf, dass in Mannheim Erzieher*innen sowie Alleinerziehende bei der Vergabe von Kita-Plätzen bevorzugt würden. Möglicherweise könnte man auch für Stuttgart über ein ähnliches Vorgehen nachdenken. BMin Dr. Sußmann erklärt, dass man über dieses Thema, welches auch während der Armutskonferenz aufkam, das Referat JB informiert habe.

In diesem Kontext plädiert auch der Vertreter der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart für Überlegungen zur Verbesserung der Kinderbetreuung sowie für weitere Maßnahmen, um junge Menschen und gerade Frauen in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Außerdem sieht er es als erforderlich an, die Beteiligung von armen oder von Armut bedrohten Menschen künftig weiter auszubauen. Ferner erklärt er, dass insbesondere das Risiko von Armut bei Kindern und Heranwachsenden sowie die verdeckte Armut stärker in den Blick genommen werden sollten.

StRin Bulle-Schmid führt anschließend an, dass die Stadt Stuttgart bereits zahlreiche freiwillige Leistungen zur Bekämpfung der Ursachen von Armut und zur Linderung der Folgen von Armut erbringe, und es in diesem Bereich bereits einige Angebote und Maßnahmen gebe. Sie plädiert für eine Evaluation, um die Wirksamkeit der Maßnahmen im Kampf gegen Armut festzustellen.

Diese Anregung wird im Folgenden auch durch die Leiterin der Abteilung SI-Strat begrüßt. Sie sichert in diesem Kontext eine regelmäßige Berichterstattung zum Thema Umsetzung von Maßnahmen und Angeboten zur Bekämpfung und Linderung von Armut

sowie zur Erreichbarkeit der Zielgruppe im Sozial- und Gesundheitsausschuss zu. Gleichzeitig werde die Verwaltung den Ratsmitgliedern schon bald weitere Überlegungen hinsichtlich des geplanten Gremiums "Stuttgarter Armutskonferenz" vorstellen. Nach einer Nachfrage von StRin Bulle-Schmid erklärt die Verwaltungsmitarbeiterin, dass seitens der Verwaltung zunächst keine weitere Armutskonferenz geplant sei, sondern die einzelnen Themen und Fragestellungen gemeinsam mit allen Beteiligten und mithilfe des neuen Gremiums nun konsequent weiterbearbeitet werden sollen.

StRin Bulle-Schmid spricht sich anschließend, wie schon StRin Rühle, für eine bessere Information der Berechtigten über ihnen zustehende Leistungen aus. In diesem Zusammenhang regt StRin Bulle-Schmid an, zur besseren Transparenz statt einer Ausweitung über eine Vereinfachung des Systems der Bonuscard + Kultur nachzudenken. Für eine Vereinfachung des Systems (möglicherweise durch eine Verbindung der Bonuscard und der FamilienCard) und der Zugänge bspw. zu kulturellen Veranstaltungen sprechen sich auch die StRinnen Meergans (SPD), Höh (FDP) und Schumann (PULS) aus. StRin Schumann erklärt, dass in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker genutzt werden sollten. Darauf eingehend versichert BMin Dr. Sußmann, dass die Verwaltung bereits an Lösungen zur Vereinfachung des Systems und einer besseren Zugänglichkeit arbeite.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärt StRin Dr. Hackl (SPD), dass die Themen und Ergebnisse der 4. Armutskonferenz nun nachhaltig und systematisch unter Einbindung aller Beteiligten weiterbearbeitet werden müssten, unter anderem im Rahmen des neu angedachten Gremiums "Stuttgarter Armutskonferenz". Die Stadträtin sieht, wie ihre Vorrednerinnen, zahlreiche Herausforderungen in den nächsten Jahren, um Armut bestenfalls zu verhindern und die Folgen von Armut zu lindern. Dazu gehöre es, die Hilfs- und Unterstützungssysteme so auszubauen, damit auch arme Menschen ihr Leben wieder selbstbestimmt und in Würde bestreiten könnten. Als zentrale Themenfelder betrachtet StRin Dr. Hackl neben der Altersarmut und der Frage des Aufwachsens in guten Verhältnissen auch die Digitalisierung.

Des Weiteren spricht sie sich für eine künftig stärkere Beteiligung der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen aus. Ähnlich äußert sich auch StRin Halding-Hoppenheit (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), die betont, dass Armut als gesellschaftliches Phänomen enttabuisiert, thematisiert und sichtbar gemacht werden müsse, um dagegen vorzugehen.

StRin Höh (FDP) erklärt in ihrer Wortmeldung, dass jedem, der Hilfe brauche, geholfen werden sollte und ihm ein Leben in Würde ermöglicht werden sollte. Gleichzeitig sehe sie auch eine Eigenverantwortung und eine Bringschuld der Menschen, wenn es bspw. darum geht, sich über ihnen zustehende Leistungen zu informieren, so die Stadträtin.

Ähnlich wie schon StRin Bulle-Schmid sieht auch StRin von Stein (FW) die Bildung, die Qualifizierung und die Beschäftigung als zentrale Instrumente an, um Armut vorzubeugen und zu bekämpfen. Diese Themen sollten aus Sicht der Stadträtin noch stärker in den Blick genommen werden, falls eine nächste Armutskonferenz in Zukunft geplant werde.

Im Weiteren spricht auch StRin von Stein die bereits durch die StRinnen Bulle-Schmid und Rühle vorgebrachten Herausforderungen im Hinblick auf das Thema Kinderbetreuung an.

Außerdem richtet die Stadträtin den Blick auf das Thema Wohnen und vertritt die Meinung, dass möglichst alle Akteurinnen und Akteure auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt, bspw. auch der Verein Haus & Grund Stuttgart und andere Organisationen, eng eingebunden und beteiligt werden sollten, um den notwendigen geeigneten Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen zu akquirieren. Die Stadträtin bringt dabei zum Ausdruck, dass auch dem sozialen Umfeld und dem Wohnumfeld eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Vorbeugung und der Bekämpfung von Armut zukomme.

Ferner gibt StRin von Stein zu bedenken, dass es nur durch Mietpreise in angemessener Höhe gelingen werde, private Wohnungseigentümer dazu zu bewegen, ihren Wohnraum zur Verfügung zu stellen oder ggf. notwendige Investitions- bzw. Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Möglichkeit, die Kosten über die Miete zu refinanzieren, müsse gegeben sein.

Der Vertreter der Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart regt in diesem Kontext an, evtl. über finanziell abgesicherte Modelle von Bürgschaften bei Mieten nachzudenken, die ggf. durch die Träger gegenüber den Vermietern übernommen werden könnten, um für Menschen in schwierigen Lebenslagen Wohnraum akquirieren zu können.

StR Dr. Mayer (AfD) erkennt an, dass es viele arme oder von Armut bedrohte Menschen gibt, denen geholfen werden müsse. Allerdings plädiert der Stadtrat für eine realistische Politik und hält nichts davon, nur Forderungen aufzustellen. Zum Beispiel könnten keine weiteren Kita-Plätze gefordert werden, ohne zu sagen, wie man dem eklatanten Personalmangel in den Kitas begegnen wolle. Auch die Frage der Wohnraumversorgung könne nicht gelöst werden, wenn nicht schnell viele neue Wohnungen entstehen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärt die Leiterin der Abteilung SI-Strat auf eine Frage von StRin Meergans eingehend, dass die Sozialverwaltung möglicherweise nach der Sommerpause den Ratsmitgliedern Vorschläge unterbreiten werde, wie mit Anregungen und Wünschen aus der Armutskonferenz umgegangen werden soll, die bislang keine Berücksichtigung in haushaltsrelevanten Mitteilungsvorlagen gefunden hätten. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt könnten noch Vorlagen nach Abstimmung mit den Referaten WFB und AKR für die Haushaltsplanberatungen angemeldet werden. Die Verwaltungsmitarbeiterin bittet die Ratsmitglieder, bei Interesse an einem bestimmten Thema auf die Verwaltung zu zukommen. Ferner hätten die Ratsmitglieder ihrerseits immer die Möglichkeit, Anträge zum Haushalt einzureichen.

Nach einer weiteren Frage der Stadträtin zum Thema "Age-friendly-Cities" (altersfreundliche Stadt), erklärt die Verwaltungsmitarbeiterin, dass die Arbeit im Rahmen des Netzwerkes nach der Armutskonferenz nun wieder in vollem Umfang aufgenommen werde. Die Erkenntnisse und Anregungen aus der Armutskonferenz bspw. zu den Themen Altersarmut und Gesundheit würden dabei selbstverständlich berücksichtigt.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch die Verwaltung beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 200/2023 Kenntnis ge-
nommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Jobcenter
Sozialamt
Gesundheitsamt
SI-Strat
weg. JHA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. S/OB
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 7. Referat SWU
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand